



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0680/2012**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 30.01.2012

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Gerhard Merz - MdL -, SPD-Fraktion und Klaus-Dieter Grothe,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur	09.02.2012	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	23.02.2012	Entscheidung

Betreff:

**Ausweisung legal gestaltbarer Graffitiflächen in der Stadt Gießen
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.01.2012 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt für die nächste Stadtverordnetenversammlung Vorschläge zu erarbeiten, wo legal gestaltbare Graffitiflächen in der Stadt Gießen ausgewiesen werden können. Dabei sollen bevorzugt Stellen verwendet werden, die der Stadt gehören und deren optischer Aufwertung nichts im Wege steht.“

Begründung:

Graffiti ist ein nicht mehr wegzudenkender Teil der Jugendkultur, dem auch durch die städtische Kulturpolitik Rechnung getragen werden muss. Wenngleich in den letzten Jahren auch vermehrt die Möglichkeit besteht, legal Graffiti aufzubringen, spielt sich doch immer noch ein Großteil dieser Ausdrucksform auf illegalen Flächen ab.

Durch das legalisieren einiger Freiflächen können triste, graue oder auch unkoordiniert beschmierte Flächen in der Stadt künstlerisch verschönert werden ohne großen Kostenaufwand von Seiten der Stadt. Ein weiterer positiver Aspekt ist die Förderung der Jugendkultur im Bezug auf Graffiti und Kunst. In Verbindung damit wäre es auch möglich auf den Freiflächen Workshops, beispielsweise auch vom Jugendbildungswerk, anzubieten. Außerdem wäre es auch möglich, Jugendliche rechtzeitig und gut darüber

aufzuklären, wo man sprühen darf und wo nicht und was für Folgen unerlaubtes Sprühen hat. Ein Beispiel könnte die Unterführung der Paul-Meimberg-Straße am Aulweg sein.

Gerhard Merz - MdL -
SPD-Fraktion

Klaus-Dieter Grothe
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen